



Medienmitteilung

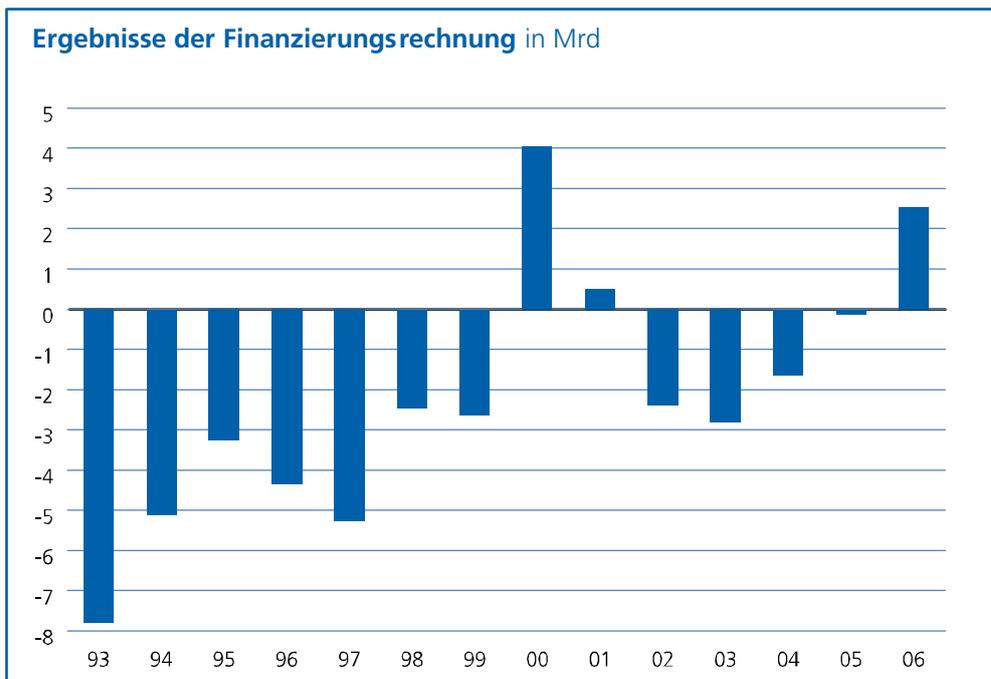
Datum 26. April 2007

Staatsrechnung 2006 – Schuldenabbau um über 6 Milliarden Franken

Die Finanzrechnung des Bundes schliesst mit einem Überschuss von 2,5 Milliarden ab. Budgetiert war ein Defizit von 586 Millionen. Zum deutlich besseren Abschluss haben vor allem Mehreinnahmen (+2 755 Mio), aber auch Minderausgaben (-366 Mio) beigetragen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind ausserordentliche Einnahmen von 3,2 Milliarden aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien, die für den Schuldenabbau verwendet werden. Die Schulden konnten insgesamt um 6,7 auf 123,6 Milliarden abgebaut werden. In den sechs Jahren zuvor waren sie noch kontinuierlich gestiegen.

Nach Jahren mit teilweise hohen Defiziten schliesst die Rechnung des Bundes 2006 mit einem Überschuss von 2,5 Milliarden ab. Zum erfreulichen Ergebnis trug die starke Entwicklung der Fiskaleinnahmen wesentlich bei. Gegenüber der Rechnung 2005 legten die Einnahmen – beflügelt durch die dynamische Wirtschaftsentwicklung – um 3,6 Milliarden oder 7,1 Prozent zu. Das Ausgabenwachstum konnte dank der Entlastungsprogramme 03 und 04 weiter begrenzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Ausgaben um 1,9 Prozent zu, weniger stark als das nominelle Bruttoinlandprodukt (BIP), das im gleichen Zeitraum um 4,2 Prozent zulegte. Die Staatsquote bildete sich entsprechend auf 11,0 Prozent des BIP zurück.

Medienmitteilung



Ohne ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben gemäss Schuldenbremse, sowie ohne ausgabenseitige Sonderfaktoren Expo 02 (2000-2002), Tadschikistan/Jugoslawien (2001) und Swissair (2001-2002)

Die **Erfolgsrechnung** schnitt mit einem Überschuss von zwei Millionen ebenfalls deutlich besser ab als budgetiert (-2 751 Mio). Die Differenz zwischen dem Überschuss der Finanzrechnung und der Erfolgsrechnung ist zum grössten Teil auf den Abschreibungsbedarf von 1,7 Milliarden auf den vom Bund übernommenen Fehlbeträgen der Pensionskassen von Bund und Post zurückzuführen. Dazu kommen die Abschreibungen auf dem Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie übrige aufwandseitige Abgrenzungen.

Nach einer kontinuierlichen Erhöhung der Verschuldung in den letzten sechs Jahren nahmen die **Schulden** dank dem Überschuss in der Finanzrechnung und den ausserordentlichen Einnahmen sowie dem Abbau von Tresoriermitteln um 6,7 Milliarden ab. Ende 2006 beliefen sie sich auf 123,6 Milliarden oder 26,0 Prozent des BIP.

Schulden des Bundes (Mrd Fr.)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulden brutto	106,8	122,4	123,7	126,7	130,3	123,6

Wichtige Gesamtzahlen

	Rechnung ¹ 2005	Voranschlag ² 2006	Rechnung ³ 2006
	Millionen Franken		
Finanzrechnung			
Ausgaben	51'403	52'743	52'377
Δ Vorjahr in %	+2.2	+0.4	+1.9
Einnahmen	51'282	52'157	54'911
Δ Vorjahr in %	+5.5	+2.8	+7.1
Saldo	-121	-586	2'534
Erfolgsrechnung			
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-2'647	-2'749	2
Bilanz			
Gesamtschulden	130'339 ⁴	–	123'593 ⁵
Fehlbetrag	94'209 ⁴	–	91'010 ⁵
<hr/>			
Kennzahlen	R 2004	R 2005	R 2006
Staatsquote (% BIP)	11.2	11.3	11.0
Steuerquote (% BIP)	10.1	10.5	10.8
Saldo Finanzrechnung (% BIP)	-0.4	–	0.5
Verschuldungsquote (% BIP)	28.5	28.5 ⁴	26.0 ⁵

¹ exkl. Golderlös (7 038 Mio), Swisscom Aktienverkauf (1 350 Mio)

² ohne Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen; Vergleich mit Voranschlag des Vorjahres

³ exkl. Swisscom-Aktienverkauf (3 203 Mio)

⁴ inkl. Swisscom Aktienverkauf (1 350 Mio)

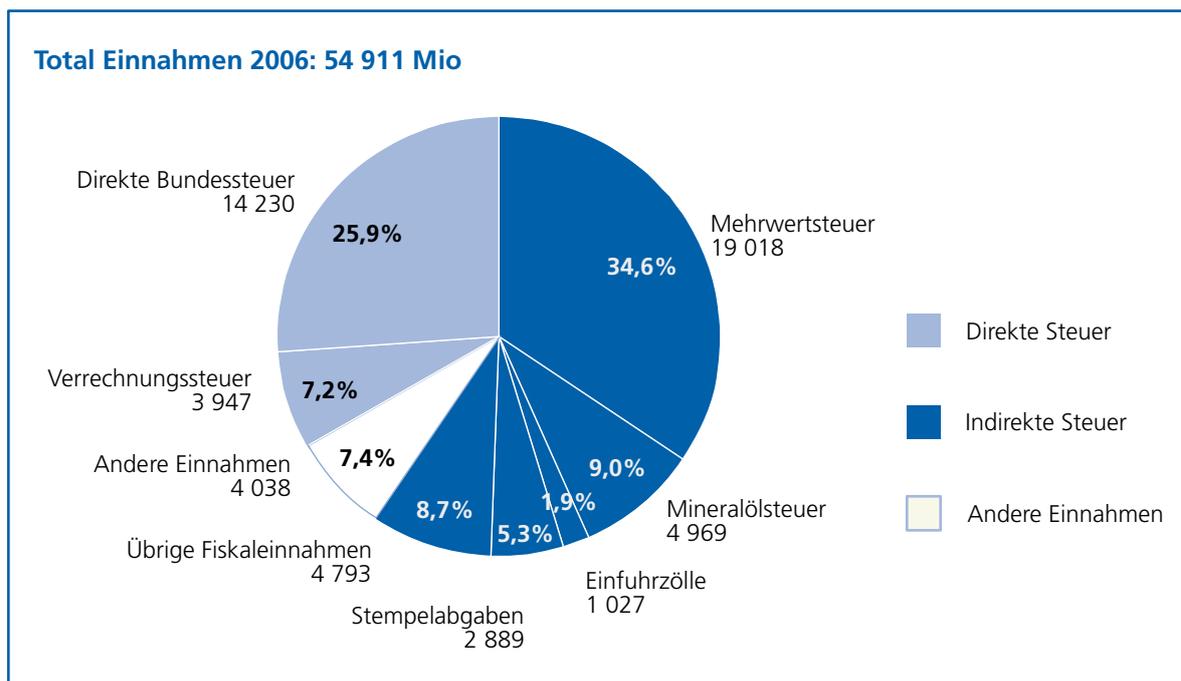
⁵ inkl. Swisscom Aktienverkauf (3 203 Mio)

Schuldenbremse und Ausgleichskonto

Die Vorgaben der Schuldenbremse wurden übertroffen. Der zulässige Ausgabenplafonds wurde um 2 766 Millionen unterschritten. Dieser Betrag wurde dem Ausgleichskonto gutgeschrieben, welches neu 6 324 Millionen beträgt. Gemäss den Übergangsbestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) wird der kumulierte Überschuss per Ende 2006 auf Null gesetzt. Damit werden die im Rahmen des Defizitabbaupfads (2003-2006) bewilligten zusätzlichen Ausgaben grösstenteils ausgeglichen.

Bedeutende Mehreinnahmen dank starker Konjunktur

Die gute Konjunkturlage bescherte dem Bundeshaushalt beachtliche Mehreinnahmen. Die Gesamteinnahmen überstiegen die Voranschlagswerte um 2,8 Milliarden. Mit Ausnahme der Mineralölsteuer und der Automobilsteuer, deren Erträge praktisch den Erwartungen entsprechen, liegen alle Einnahmen über den budgetierten Werten. Mehr Einnahmen als erwartet flossen insbesondere bei der Verrechnungssteuer, der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die ausserordentlichen Einnahmen von 3,2 Milliarden aus dem Verkauf von Swisscom Aktien.



Die aktuelle Schätzung für das nominelle Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Jahre 2006 liegt mit 4,2 Prozent signifikant über der dem Budget zugrunde liegenden Annahme von 2,9 Prozent. Mit der **Konjunkturverbesserung** haben auch die Einnahmen deutlich stärker zugelegt als budgetiert. Mit 54,9 Milliarden werden die Voranschlagswerte um 2,8 Milliarden oder 5,3 Prozent übertroffen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind ausserordentliche Einnahmen von 3,2 Milliarden aus dem Verkauf von Swisscom Aktien. Ausserordentliche Einnahmen dürfen gemäss den Bestimmungen der Schuldenbremse nicht für die Finanzierung von Ausgaben des Bundes herangezogen werden, sondern sind gemäss FHG für den Schuldenabbau einzusetzen.

Eine nähere Betrachtung der Abweichung vom Voranschlag zeigt in den meisten Kategorien der **Fiskaleinnahmen** den dominanten Effekt des verstärkten Wirtschaftsaufschwungs. Dieser ist bei der Mehrwertsteuer (+533 Mio), und den Stempelabgaben (+89 Mio) besonders ausgeprägt. Bei der direkten Bundessteuer (+465 Mio) waren die höher als erwarteten Unternehmungsgewinne im 2005 massgebend. Aber auch die Schwerverkehrsabgabe (+106 Mio) und die Zölle (+47 Mio) konnten vom Konjunkturaufschwung profitieren. Bei der Verrechnungssteuer

Medienmitteilung

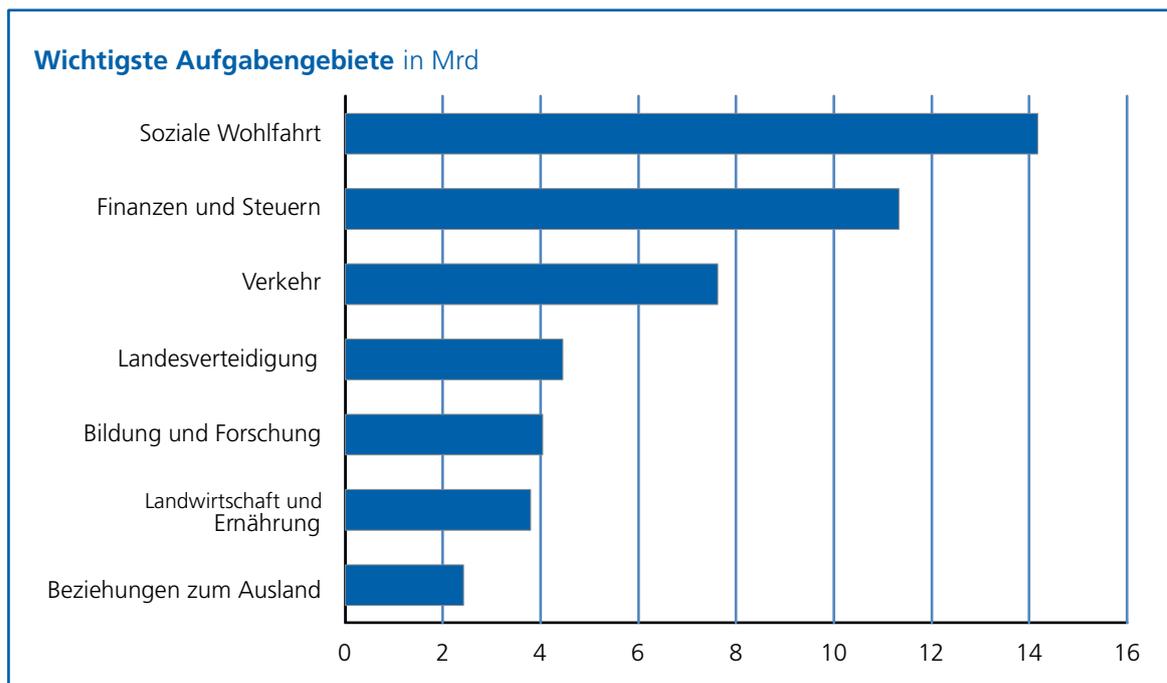
(+933 Mio) sind die Mehreinnahmen nicht direkt mit der Wirtschaftsentwicklung verknüpft. Die Abweichung erklärt sich wie im Vorjahr durch die tiefere Rückerstattungsquote, die massgeblich von anderen Faktoren abhängt. Für die Budgetierung dieser sehr volatilen Steuer wird das längjährige Mittel verwendet, womit solche Abweichungen von den Grundannahmen zu grossen Schätzfehlern führen. Bei der Spielbankenabgabe (+61) sind die Mehreinnahmen auf mangelnde Erfahrungswerte für die Schätzungen zurückzuführen.

Die **nichtfiskalischen Einnahmen** lagen 13,4 Prozent über dem Voranschlagswert. Diese Abweichung ist auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen. Bei den Entgelten (+314 Mio) fielen besonders hohe Rückerstattungen an wie beispielsweise aus der Liquidation der Käseunion oder der Durchführung der EU Zinsbesteuerung. Die Vermögenserträge (+78 Mio) profitierten vom leichten Anstieg des Zinsniveaus sowie höheren Dividendenausschüttungen der Swisscom. Bei den Investitionseinnahmen (+66 Mio) resultiert die positive Abweichung vor allem aus Darlehensrückzahlungen im Bereich der Wohnbauförderung, die angesichts des tiefen Zinsniveaus bei den Hypothekendarlehen überdurchschnittlich hoch ausfielen.

Gegenüber der **Rechnung 2005** stiegen die Einnahmen um 3,6 Milliarden oder 7,1 Prozent an. Die Zunahme liegt deutlich über dem geschätzten nominellen BIP-Wachstum von 4,2 Prozent und die Aufkommenselastizität weicht stark vom mehrjährigen Mittel von eins ab. Eine vorübergehend hohe Ergiebigkeit ist in starken Konjunkturaufschwüngen allerdings üblich. Der Anstieg ist in erster Linie auf die direkte Bundessteuer (+2 Mrd) und hier vorab auf die höheren Gewinne der juristischen Personen zurückzuführen. Die Mehrwertsteuer verzeichnete ebenfalls einen hohen Zuwachs von 899 Millionen, was zur Hauptsache der guten Konjunktur zuzuschreiben ist. Von den wichtigsten Fiskaleinnahmen wiesen nur die Verrechnungssteuer und die Lenkungsabgaben im Umweltschutz tiefere Werte auf.

Moderates Ausgabenwachstum führt zu tieferer Staatsquote

Das gute Rechnungsergebnis ist auch auf ein zurückhaltendes Ausgabenverhalten zurückzuführen. Die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 52,4 Milliarden und lagen damit um 366 Millionen unter dem Voranschlag. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Ausgaben um 974 Millionen oder 1,9 Prozent zu, das heisst sie wuchsen langsamer als das nominelle BIP. Die Staatsquote bildete sich entsprechend von 11,3 auf 11,0 Prozent des BIP zurück.



Im **Wachstum** der Ausgaben von 1,9 Prozent **gegenüber dem Vorjahr** widerspiegelt sich der Wille von Bundesrat und Parlament, den Haushalt nachhaltig zu stabilisieren. Ein beträchtlicher Anteil des Ausgabenwachstums geht zudem auf das Konto der Anteile der Kantone und Sozialversicherungen an den Bundeseinnahmen. Unter Ausklammerung dieser Durchlaufposten reduziert sich das Ausgabenwachstum auf 0,3 Prozent, was deutlich unter der Jahreststeuerung von 1,1 Prozent liegt.

Die konsequente Ausgabendisziplin zeigt sich auch im Wachstum der einzelnen Aufgabengebiete. Neben den Finanzen und Steuern wuchs nur noch der Bereich Bildung und Grundlagenforschung überdurchschnittlich. Die Aufgabengebiete soziale Wohlfahrt und Landwirtschaft legten nur geringfügig zu; die übrigen Hauptaufgabenbereiche wiesen eine rückläufige Entwicklung auf.

Den prozentual höchsten Anstieg verzeichneten mit 10,9 Prozent die Ausgaben für **Finanzen und Steuern**. Dieser Zuwachs beruht zur Hauptsache auf höheren Anteilen der Kantone an der direkten Bundessteuer sowie Mehrausgaben bei den Passivzinsen. Bei der direkten Bundessteuer führten die Konjunktur sowie eine raschere Ablieferung der geschuldeten Steuern durch die Kantone zu erheblichen Mehrerträgen insbesondere bei den juristischen Personen. Bei den Passivzinsen ist

Medienmitteilung

die starke Zunahme sowohl auf den Rückgang der vereinnahmten Agios auf Anleihen als auch auf den erhöhten Zinsaufwand zurückzuführen.

Abgesehen von den zumindest kurzfristig nicht steuerbaren Finanzen und Steuern stellt die **Bildung und Grundlagenforschung** den grössten Wachstumsbereich im Bundeshaushalt dar (+2,8%). Bei den Ausgaben für Bildung, die etwa drei Viertel des Aufgabengebiets beanspruchen, ist der Anstieg vorab auf die Aufstockung der Mittel für die beiden Bundeshochschulen und die Fachhochschulen zurückzuführen. Auch die Beiträge an die Berufsbildung wuchsen, obschon das neue Förderungsinstrument der Innovations- und Projektbeiträge sich langsamer entwickelte als erwartet. Bei der Grundlagenforschung entfällt fast der gesamte Zuwachs auf den Schweizerischen Nationalfonds.

Die Ausgaben für die **Landwirtschaft und Ernährung** legten um 0,6 Prozent zu. Rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Ausgaben wurden als Direktzahlungen ausgerichtet; sie verzeichneten einen Anstieg auf 2 553 Millionen (+3,6%). Demgegenüber nahmen die Mittel zugunsten der Preis- und Absatzsicherung weiter ab und beanspruchten noch 695 Millionen.

Bei der **Sozialen Wohlfahrt** fiel das Wachstum mit 0,2 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der letzten 15 Jahre von 4,6 Prozent äusserst bescheiden aus. Mehrbedarf ergab sich vor allem für die AHV und die Krankenversicherung, wobei die Zunahme bei der AHV zu einem grossen Teil auf die höhere Ablieferung der Spielbankenabgabe zurückzuführen ist. Rückläufige Ausgaben verzeichnen in erster Linie die Arbeitslosenversicherung, die Sozialhilfe für Asylsuchende und der soziale Wohnungsbau.

In der **Landesverteidigung** wurden die Sparanstrengungen fortgesetzt. Der Rückgang der Ausgaben (-2,8%) widerspiegelt einerseits den mit der Umsetzung der Armee XXI verbundenen Personalabbau, andererseits den Rückgang beim Rüstungsmaterial, welcher zu einem guten Teil auf die Sparvorgaben des EP 03 und EP 04 zurückzuführen ist.

Auch die Ausgaben für den **Verkehr** (-2,3%) gingen relativ deutlich zurück. Zwei Drittel der Minderausgaben entfallen auf den Strassenbereich, und hier wegen ungenügender Baureife einzelner Abschnitte fast ausschliesslich auf den Nationalstrassenbau. Beim öffentlichen Verkehr hängt der Rückgang neben tieferen Trassenpreissubventionen im Wagenladungsverkehr vorab mit tieferen Ausgaben beim European Train Control System (ETCS), beim Substanzerhalt der Privatbahnen und bei den Verkehrstrennungsmassnahmen zusammen.

Bei den **Beziehungen zum Ausland** (-1,9%) ist der Minderbedarf in erster Linie auf geringere Pflichtbeiträge der Schweiz an die UNO für friedenserhaltende Operationen sowie Minderausgaben für Miete und Bau von Botschaftsgebäuden, Konsulaten und anderen Auslandsbauten zurückzuführen.

Weiterhin rückläufiger Personalbestand

Seit 2004 findet in der Bundesverwaltung ein Personalabbau statt. Im letzten Jahr beschäftigte der Bund insgesamt 2,7 Prozent weniger Personal als im Vorjahr. Auf Vollzeit umgerechnet entspricht dies einem Abbau von 914 Stellen. Dieser Abbau konnte im Wesentlichen über die natürliche Fluktuation aufgefangen werden; seit Einleitung des Personalabbaus im Jahr 2004 mussten 47 Entlassungen

Medienmitteilung

ausgesprochen werden. Per Ende 2006 beschäftigte der Bund auf Vollzeitbasis damit noch 32 376 Personen. Damit liegt der Stellenbestand unter dem Stand von 2001 (32 498). Insgesamt sind gegenüber dem Höchststand von 2003 (34 619) von dem im Rahmen der verschiedenen Entlastungsmassnahmen geplanten Abbau um 4 000 Stellen bisher 2 200 Stellen abgebaut worden. Der rückläufige Trend wird sich – wenn auch etwas verlangsamt – in den nächsten Jahren fortsetzen. Bis zum Jahre 2010 dürfte der Stellenbestand bei etwa 30 500 Einheiten liegen, was einem weiteren durchschnittlichen Abbau von jährlich 1,5 % entspricht. Der Bundesrat will diesen Abbau weiterhin möglichst sozialverträglich durchführen.

Auskunft: Fritz Zurbrügg, Eidg. Finanzverwaltung
Tel. 031 322 60 09

Die Staatsrechnung finden Sie auch im Internet unter der Adresse:
www.efv.admin.ch/d/themen/bundesfinanzen/rechnung/